

BAUERN

Jäten und Jammern

Sie plündern unseren Steuersäckel, zerstören die Natur und haben die Politiker im Griff. Die heutigen Landwirte ernähren uns nicht mehr, sondern fressen uns auf.

Kaum daß der neue Wirtschaftsminister von Subventionsabbau gesprochen hatte, stand Freiherr von Heereman schon Mistgabel bei Fuß. „Ich warne Möllemann!“, drohte der oberste Bauernführer, sein Fußvolk mit Schlepper und Trecker auf einen Sternmarsch gen Bonn zu schicken.

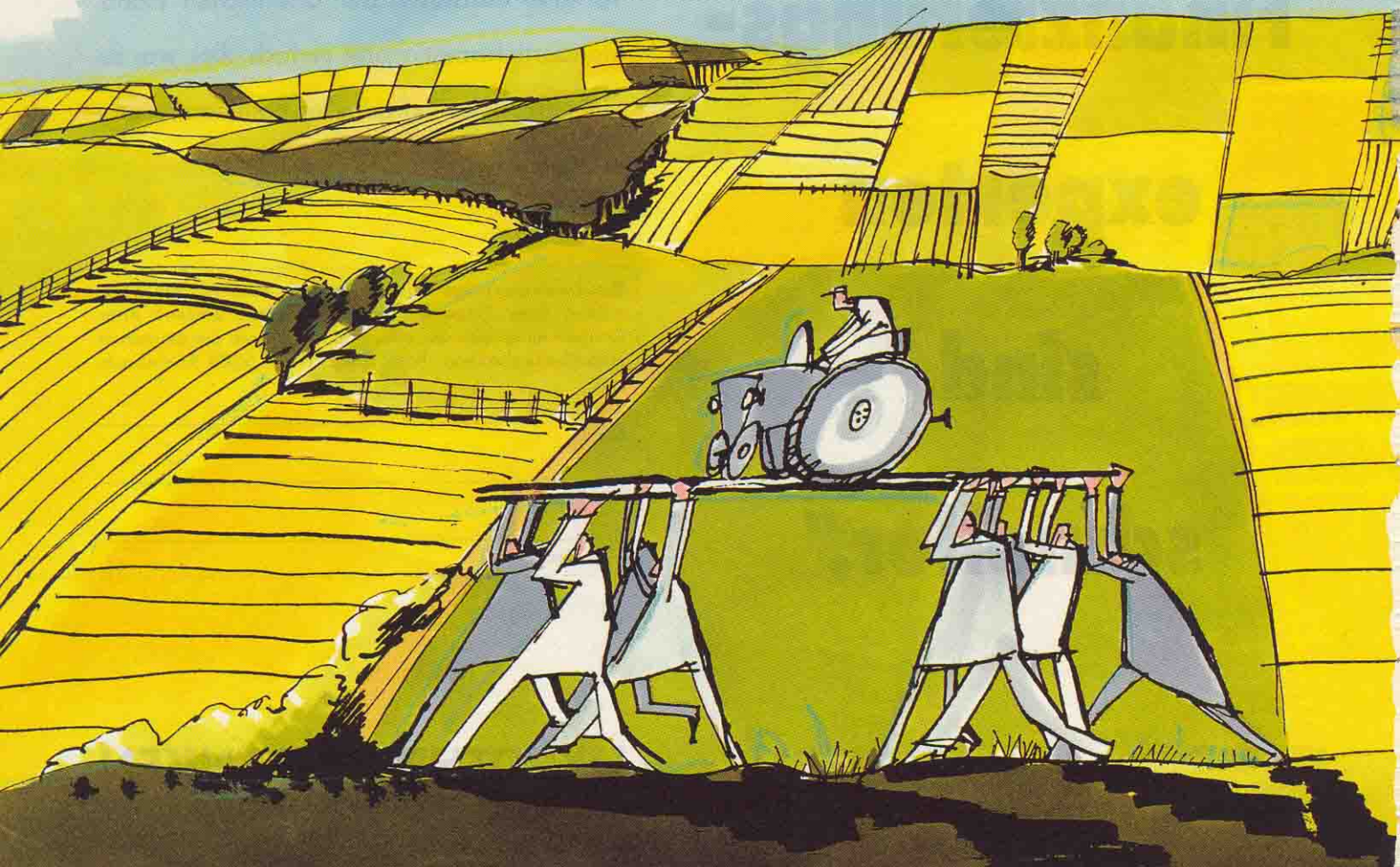
Unnötig, denn schon in der eigenen Partei tut sich Möllemann mit der Absicht schwer, bei den Bauern Geld einzusparen. Denn immer, wenn im FDP-Präsidium die Rede auf Agrarsubventionen kommt, erhebt Georg Gallus, freidemokratischer Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, seine schrille Stimme und kämpft heftig um die Zuwendungen an seine Klientel. Betretene Stille im Parteivorstand, Themawechsel – die Bauern bleiben ungeschoren.

Jürgen Möllemann legt sich nun lieber mit den Bergwerkern an und läßt den Agrarhaushalt in Ruhe. CSU-Kiechle, Bauer in Bayern und Agrarman im Kabinett, konnte daher seinen

Haushalt beruhigt aufstocken. Der sogenannte Einzelplan 10 („Finanzielle Leistungen der Bundesregierung für die Landwirtschaft“) wird laut Regierungsentwurf von knapp zehn Milliarden Mark 1990 auf fast 14 Milliarden in diesem Jahr angehoben.

Auch aus Brüssel bleiben die Milliarden nicht aus. Für sogenannte Marktordnungsaufgaben (Agrarier-Deutsch für Preisstützungen) flossen vergangenes Jahr etwas über neun Milliarden Mark aus der EG-Kasse in den Geldbeutel der hiesigen Agrarwirtschaft. In diesem Jahr sind knapp 15 Milliarden Mark vorgesehen. Zusammengekommen stiegen die Bundes- und EG-Mittel zur Stützung der Landwirtschaft im Verhältnis zum Vorjahr um exakt 51,85 Prozent.

Die neuen Haushaltspläne enthalten zum ersten Mal auch die Ausgaben für die neuen Bundesländer. Dennoch zeigt die Steigerung um mehr als die Hälfte, welches Faß ohne Boden die Landwirtschaft geworden ist.



Eine Entwicklung voller Absurdität. Die deutschen Bauern erwirtschafteten 1990 ein Einkommen von 23,6 Milliarden Mark (Netto-Wertschöpfung). Für dieses Ergebnis mußte der Steuerzahler aber 26,7 Milliarden Mark an Subventionen aufbringen. Volkswirtschaftlich gerechnet, käme die Republik billiger weg, wenn die Landwirte ihr Geschäft bleiben ließen und der Steuerzahler das viele Geld an seine Landmänner direkt überweisen würde.

„Deutschland wäre ohne seine Bauern ärmer“, heißt es aber immer noch in den Grundsätzen des Deutschen Bauernverbandes – angesichts des Milliardenrabes Landwirtschaft reiner Sarkasmus. „Mehr als 2 500 Mark im Jahr“, so Thomas Schlier, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände, „muß der durchschnittliche Vier-Personenhaushalt heute für die Landwirtschaft bezahlen, und zwar in Form von Steuern und überhöhten Preisen.“

Das Agrar-Dilemma ist nicht neu. Und es wäre ungerecht, dies allein Ignaz Kiechle anzulasten. Er düngt nur jene Felder weiter, die seine Vorgänger verdarben. Ausgerechnet ein Minister der sonst so marktwirtschaftlich ausgerichteten Freidemokraten stellte in den frühen siebziger Jahren die Wei-

Die Kuh kommt nicht vom Eis

Hilflosigkeit kennzeichnete Mitte Juni die Reden im Bundestag. Das Hohe Haus diskutierte die Lage der Landwirtschaft. „Alle Parteien fordern Kurswechsel in der Agrarpolitik“ – so tag drauf die Schlagzeilen zur Debatte.

Das Ritual ist vertraut, kann aber die Ratlosigkeit kaum verbergen. Der Landwirtschaftsminister – acht Jahre im Amt – gab die Schuld an der Misere der Vorgängerregierung. Die Opposition schoß zurück: „Politik ohne roten Faden.“

Beide haben recht, und beiden fällt nichts Neues ein. „Einen Königsweg gibt es nicht“ – so der Schluß der Politiker. Also wird weitergemacht wie bisher: öffentliches Geld als Pflaster für offensichtliche Probleme. „Marktwirtschaftliche Lösungen gehen nicht mehr“, meint Heino von Meyer,

Agrarexperte des Frankfurter Institutes für ländliche Strukturforchung. Die Strukturen seien so verzerrt, daß in den „nächsten zehn bis 15 Jahren nur noch staatliche Lösungen“ möglich seien.

Marktwirtschaftliche Lösungen werden auch von keinem gesucht. Es geht nur darum, wie der Staat den Bauern unter die Arme greifen soll. Darüber herrscht nicht nur Uneinigkeit unter den Parteien und Verbänden, sondern auch europäischer Konsenszwang, was die Sache nicht einfacher macht.

Dabei fehlt es nicht an Brüsseler Einsicht. So bemüht sich der zuständige EG-Kommissar, der Ire Ray MacSharry, schon seit Jahren immer wieder um eine Reform der unhaltbar gewordenen Agrarpolitik. In einem Grundsatzpapier, Anfang des Jahres veröffentlicht, nimmt

die EG-Kommission kein Blatt vor den Mund: Die Lage auf den Märkten sei unhaltbar, die Bauern orientierungslos und ohne Perspektiven.

Die Idee der Abhilfe ist einfach. MacSharry will die derzeit garantierten hohen Erzeugerpreise, die vor allem den Großagrariern zugute kommen, senken.

Das frei gewordene Geld sollen die bisher benachteiligten (Klein-)Bauern direkt bekommen. Statt der Umwegfinanzierung über die Preise, die zu hohen Überschüssen führte, sollen die direkten Gelder nach bestimmten Kriterien vergeben werden. Ökologie und Landschaftspflege könnten so ohne Produktionszwang honoriert werden.

Doch treffen sich die Agrarminister Europas, werden die meisten Reform-Versuche des Iren zu Makulatur.



Doch nicht nur die heimische Industrie wird durch die EG-Politik behindert, der subventionierte Export wirkt sich verheerend für die Entwicklungsländer aus. Schon 1985 schrieb Hermann Priebe sein Standardwerk „Die subventionierte Unvernunft“. Der Autor, Direktor des Frankfurter Institutes für ländliche Strukturfor-

schung: „Wenn die europäische Landwirtschaft mit subventionierten Exporten die Entwicklung der traditionellen Landwirtschaft in den armen Ländern stört, sind soziale Auflösung, Massenelend und Hunger die zwangsläufige Folge einer solchen Interessenspolitik.“

Die Milliarden für die Landwirtschaft bringen nach außen keinen

FASS OHNE BODEN

Entwicklung der Agrarausgaben (in Milliarden Mark)



Quelle: Bundeslandwirtschaftsministerium

Segen, und auch im Innern stiften sie zunehmend Unheil. Der Bauer, von seiner Ständeorganisation gern als Naturschützer bezeichnet, ist zum Umweltsünder geworden. Die bunte Frühjahrsweide mit ihrer Vielfalt an Pflanzen und Tieren existiert kaum noch. Schon vor sechs Jahren warnte der Sachverständigenrat für Umweltfragen die Bundesregierung vor der Auszehrung der Natur durch die modernen Anbau-Methoden. Vergeblich. Noch immer gilt die Agrarwirtschaft laut Gesetz als eine Tätigkeit, die den



Lobby macht die Stimmung

Geht es um die Bauern, gelten viele Regeln nicht. Auf keinem anderen Gebiet käme ein Politiker auf die Idee, handgreifliche Erfolge zu verschweigen. Bauernminister Kiechle und die landwirtschaftlichen Interessenvertreter bringen es dagegen zu einer wahren Meisterschaft im Umdeuten von Erfolgsmeldungen.

So geht aus dem neuesten Agrarbericht der Bundesregierung hervor, daß sich die landwirtschaftlichen Einkommen im Verhältnis zum Vorjahr um 16 Prozent, verglichen mit den vergangenen beiden Jahren sogar um mehr als 57 Prozent gesteigert haben.

Kein Grund für den Minister, selbstbewußt aufzutreten. Mit zerknirschem Gesicht trat Ignaz Kiechle vor den Bundestag und vor die Presse, um zu verkünden, daß die Einkommen der Bauern in Gefahr seien.

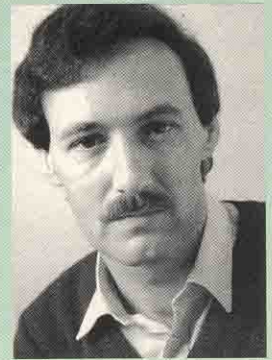
Oder feierte der Bauernverband den Erfolg? Keineswegs. Er präsentiert sich seinen Mitgliedern auch nicht als durchsetzungsstarke Organisation, er jammert lieber. In den Bauernblättern werden die Artikel über den Agrarbericht mit „Landwirtschaftliche Einkommen gehen drastisch zurück“ (Bauernkorrespondenz) oder „Landwirtschaftliche Einkommen auf Talfahrt“ (Agrar-Europa) überschrieben. So und ähnlich gibt es auch die Nicht-Fachpresse an die breite Öffentlichkeit weiter. „Wer den Agrarbericht nicht selber studiert, dem entgeht

die große Steigerung der landwirtschaftlichen Einkommen“, protestiert Hermann Priebe gegen die Verschleierrungstaktik der Bauernpolitiker. Der emeritierte Professor und Leiter des Institutes für ländliche Strukturfor-

schung an der Uni Frankfurt weiß auch, warum sich die Agrarier so bescheiden geben: „Klagen sind von jeher ein agrarpolitisches Hauptmittel, um die Politik zu Hilfsmaßnahmen zu veranlassen.“ Das hat tatsächlich Tradition. Schon gegen Ende des vorigen Jahrhunderts bemerkte der Reichstagsabgeordnete Georg von Siemens in einer Agrardebatte: „Der Glaube an die Not in der Landwirtschaft ist eine nationale Anstandspflicht.“ In den Augen der Bauernpolitiker hat sich daran bis heute nichts geändert.

Dennoch ist es ein Rätsel, wie eine relativ kleine Gruppe, die nicht einmal fünf Prozent der Wählerstimmen ausmacht, soviel politischen Einfluß erreichen konnte, daß sie ohne große Proteste der Allgemeinheit quasi komplett aus öffentlichen Mitteln alimentiert wird.

Der Tübinger Politologe und Lobby-Forscher Wolfgang Schumann bringt es auf eine Kurzformel: „Auf diesem Gebiet kennt sich eben keiner aus.“ Kein Bereich sei so abgeschottet wie die Landwirtschaftspolitik, nirgendwo sonst sei die Verflechtung zwischen den Interessenverbänden und der jeweiligen Verwaltung so eng. Fast überall, so der Politikwissenschaftler, sorgen Gegenverbände für kritische Öffentlichkeit: Gewerkschaften kontra Arbeitgeber, Verbraucherverbände kontra Produzenten, Mittelständler kontra Großindustrie. In der Landwirtschaft fehlt aber ein solcher Meinungsstreit, der für Transparenz sorgen könnte.



Lobby-Forscher Schumann: Kompromisse auf Kosten der Kasse

Zwar bildete sich in den vergangenen Jahren eine Agraropposition gegen den Bauernverband, doch ihr Einfluß und die öffentliche Resonanz sind noch gering.

Wirkliche Auseinandersetzungen gibt es nicht. Ein Grund: Die Entscheidungen über die Agrarpolitik werden in Brüssel gefällt. „Dabei hat sich so etwas wie ein Club europäischer Agrar-Lobbyisten gebildet, der das Protektionssystem durch immer weitere Perfektionierung zu einer Art Geheimwissenschaft entwickelt“, so der Nestor der Landwirtschaftskritiker, Priebe.

Die politische Struktur in EG-Europa, die praktisch jedem Land ein Veto-Recht einräumt, führt fast zwangsläufig zu „Kompromissen auf Kosten der Kasse“ (Schumann). Auswirkung: Fast zwei Drittel der gesamten EG-Gelder verschlingt die Landwirtschaft.

Die einflußreiche Lobby („Wollt Ihr hungern oder Überschüsse“) erreichte, daß eine große Mehrheit glaubt, der Schutz der Landwirtschaft sei staatliche Aufgabe. Ungeschriebenes Gesetz dabei: Nur ein Bauer kann Landwirtschaftsminister sein. Daß er die Interessen der Bauern vertritt, wird allgemein hingenommen. Aber: Noch gibt es keinen Mann im Kabinett, der die Allgemeinheit vor den Bauern schützt.

Zielen des Naturschutzes diene. Doch das Bild der Landwirtschaft bestimmen heute „ökologisch verheerende, güllestinkende Maisschläge und riesige maschinengerechte Agrarwüsten“ (Naturschutzbund).

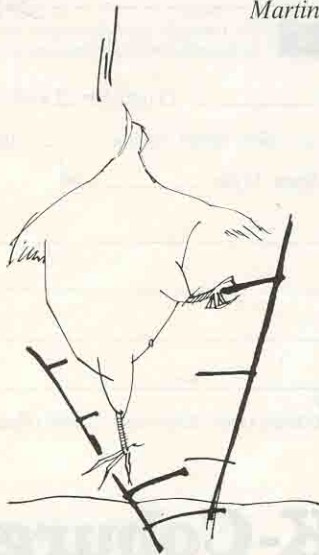
Auch dies eine Folge des Geldsegens, der jene Bauern am wärmsten trifft, die viel produzieren. Subventionen werden zum größten Teil über die Preise verteilt. Deshalb bekommt der am meisten, der viel anbaut. Das führte nicht nur zu den großen Überschüssen, sondern auch zu einer extremen Intensivierung des Landbaus. Systematisch werden die Großbauern bevorteilt. 20 Prozent der Betriebe, rechnet der zuständige EG-Kommissar Ray MacSharry, streichen 80 Prozent der Subventionen ein.

Die Folge: Kleinbauern geben ihre Höfe auf, die Großen wachsen weiter. 1,8 Prozent aller Hühnerfarmer besitzen 87 Prozent aller Legehennen. Nur sechs Prozent der Getreide-Bauern bewirtschaften 50 Prozent der Getreide-Flächen und erzielen 60 Prozent der Erträge; 15 Prozent der Milchbauern sind für 50 Prozent der Milchmenge verantwortlich und ein Zehntel der Bullenmäster schaffen die Hälfte der Fleischmenge heran.

Die zum Teil gespenstisch großen Betriebe verpesten handgreiflich die Umwelt. Schon seit Jahren beklagen sich die Einwohner im niedersächsischen Landkreis Vechta, in dem ein Fünftel der westdeutschen Legehennen und über eine halbe Million Schweine ihr kümmerliches Dasein fristen, über Atemnot und Übelkeit.

Doch dagegen ist kaum etwas zu machen. Gilt die Landwirtschaft doch als Urproduktion – und dafür gelten nicht die strengen Umweltauflagen wie für die gewerbliche Wirtschaft.

Martin Koch



Mit Expertenwissen profitabel wirtschaften. Ab jetzt jeden Monat.

Sichern Sie sich jetzt ein Paket von Zusatzvorteilen:

■ **Vorteil – günstiger!**

Als regelmäßiger Leser zahlen Sie nur DM 6,- statt DM 7,- pro Ausgabe. Keine Mark extra für Porto und Versand.

■ **Vorteil – druckfrisch!**

Jede DM steckt direkt nach Erscheinen in Ihrem Briefkasten.

■ **Vorteil – regelmäßig!**

Sie verpassen keine Ausgabe.

■ **Vorteil – zusätzlich!**

Der Newsletter DM-AKTUELL liefert Ihnen zusätzliche, nützliche Informationen jeden Monat frei Haus. DM-AKTUELL erscheint regelmäßig zwischen zwei DM-Ausgaben.

Karte noch heute abschicken.

Es zahlt sich für Sie aus.



MEHR AUS IHREM EINKOMMEN